

Pressemitteilung 05.02.2015

Dortmund: Sitzblockade verhindert Abschiebung

Durch eine Sitzblockade haben heute in den frühen Morgenstunden rund 50 Aktivist*innen die Abschiebung eines Flüchtlings aus Dortmund verhindert. Der 23-jährige Pakistani sollte vom Düsseldorfer Flughafen aus nach Italien überstellt werden, da er über Italien nach Deutschland geflohen ist und die Dublin III-Verordnung besagt, dass der Staat, der die Einreise in das „Dublingebiet“ nicht verhindert hat, für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist. Bei den „Dublin-Staaten“ handelt es sich um alle 28 EU-Mitgliedstaaten, die Schweiz, Norwegen und Island.

In Italien droht dem Flüchtling, wie vielen anderen Flüchtlingen auch, ein Leben in Elend und Obdachlosigkeit. Mittelmeerstaaten müssen durch diese Verordnung mehr Flüchtlinge aufnehmen und die betroffenen Menschen werden ungeachtet ihrer ohnehin schwierigen Situation hin und her geschoben. Die Versorgung geflüchteter Menschen in Italien wird von unterschiedlichen Menschenrechtsorganisationen schon seit geraumer Zeit kritisiert. So lebte auch der Mann, mit dem sich die Teilnehmer*innen und Teilnehmer der Sitzblockade solidarisieren, drei Monate obdachlos in einem Park, was ihn schließlich dazu brachte, weiter nach Deutschland zu fliehen. Angesichts der schlechten Lebensbedingungen, die ihn erwarten, haben die Aktivist*innen und Aktivist*innen beschlossen, sich am Morgen seiner Abschiebung vor der Unterkunft zusammenzufinden und die Abschaffung der Dublin III-Verordnung zu fordern.

Ursprünglich ist der von den Unterstützer*innen und Unterstützern in Schutz genommene Mann aus Pakistan vor den Taliban geflohen. Er sieht für sich in diesem Land keine Zukunftsperspektive, denn auch innerhalb des Landes erscheinen ihm Fluchtmöglichkeiten entgegen den Aussagen der deutschen Behörden aussichtslos. Es gibt jedoch laut der Unterstützer*innen-Gruppe keinen triftigen Grund, seine Flucht für „unberechtigt“ zu halten oder ihn zu kriminalisieren. Sie unterstützen diesen Mann darum in seinem Wunsch, in Deutschland zu leben. Die Aktivist*innen und Aktivist*innen fordern darüber hinaus für alle Betroffenen dieser restriktiven Gesetzgebung:

„Alle bleiben hier - Abschiebungen stoppen!“